

Verhandlungen des Reichstages

Bd.: 326. 1919/20

Berlin 1920

4 J.publ.g. 1142 y,A-326

urn:nbn:de:bvb:12-bsb00000010-0

Die PDF-Datei kann elektronisch durchsucht werden.

(Reinhardt, Preussischer Kriegsminister.)

(A) Die Truppe kommt aus jahrelangem Krieg und kann es schwer verstehen, daß ein tüchtiger Gegner alle Mittel anwenden darf, sie selbst aber die Rechtsform aufs peinlichste bewahren soll.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gleichwohl dringt die Regierung und dränge ich in ihrem Dienste und als ihr Mitglied wie alle Führer mit dem äußersten Ernst auf die Vermeidung jedes Übergriffs. Ich werde den Tag segnen, wo die Verwendung der Truppe als Polizei aufhören kann.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten und dem Zentrum.)

In diesem Sinne darf ich einen Schritt weiter gehen und mitteilen, daß die Reichsregierung schon den Plan gefaßt hat, die **Militärstrafgerichtsordnung** so umzuwandeln, daß rein bürgerliche Straftaten vor den bürgerlichen Richter kommen sollen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Es wird dies einen Teil der inneren Umgestaltung bilden, die das zukünftige Volksheer vom jetzigen unterscheiden werden.

Dieses **Zukunftsheer**, meine Herren und Damen, wird sehr bescheiden sein, aber wir könnten es trotzdem noch nicht aufbauen, weil wir noch im Kriegszustande mit unseren Feinden leben. Wir müssen daher im wesentlichen vorläufig mit Übergangsrichtungen auskommen, wie es Freiwilligenformationen und Volkswehren sind. Diese sollen aber alsbald als Reichswehr einheitlich zusammengefaßt und gegliedert werden.

Auch die inneren Einrichtungen des Übergangsheeres werden zunächst noch einen vorläufigen Charakter im Sinne der **Verordnung über die Kommandogewalt** vom 19. Januar 1919 haben. Diese Verordnungen haben mir viel Aufsechtung eingetragen. Die Offiziere glaubten sich herabgesetzt, die Soldatenräte nicht weniger. Vielleicht beweist dies, daß die richtige Mittelstufe für die Bedürfnisse des Augenblicks gefunden wurde, und darauf kam es dem Zentralrat und der Regierung in diesem Augenblicke an. Meine Damen und Herren, ich meine, wir müssen in dieser ersten Zeit nicht trennen, wir müssen einigen.

(Rufen und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Erregte Gegenrufe von den Sozialdemokraten. — Andauernder Lärm bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe.

**Reinhardt, Oberst, Preussischer Kriegsminister:** Die Soldatenräte und die Vertrauensleute werden bei Verwaltung der Truppe in ihrem ganzen inneren Leben ebenso ehrlich und nützlich mitwirken können, wie sie die Führung u. d. Verwendung der Truppen den Kommandeuren überlassen müssen, die fest auf die Republik zu verpflichten sind.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. —

Andauernde lärmende Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und Gegenrufe von den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

**Präsident:** Ich bitte doch, die freundschaftlichen Aussprachen, auch die nach hinten, zu unterlassen. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) von vorn nach hinten rufen, dann antworten auch die von hinten wieder nach vorn, und so kommen wir nie zu einer geordneten Verhandlung.

**Reinhardt, Preussischer Kriegsminister:** Den Offizieren war das Ablegen der alten **Gradabzeichen** besonders schmerzlich.

(Sehr richtig! rechts und bei den Mehrheitsparteien.)

Ich kann das wohl selbst am wärmsten mitempfinden. (C) Manche Kameraden sahen darin eine Entwürdigung

(erneute Zustimmung)

und vermuteten, ich hätte mir diese Maßnahme abdrängen lassen. Ich muß auch hier feststellen, daß das nicht der Fall ist. Die Abzeichenfrage wurde ganz sachlich von der Regierung, vom Zentralrat und vom Kriegsministerium erwogen. Das Abreißen der Abzeichen durch halbwüchsige zuchtlose Burschen im November hat von keiner ernstlichen Seite Beifall erfahren.

(Sehr wahr! rechts.)

Es hatte sich namentlich gegen die unschuldige **Landeskokarde** gerichtet, deren Farben nach dem schönen Preußenliede doch gerade anzeigen sollen, daß für die Freiheit unsere Väter starben! Diese Kokarde wurde vom Zentralrat und von den Volksbeauftragten durch die umfrittene Verfügung ohne weiteres wieder in Ehren gesetzt, bis die Nationalversammlung Neues bestimmen mag. Damit müßte meines Ermessens jeder Vorwurf der Entehrung fallen. Im Ablegen der **Achselstücke** sollte eine solche jedenfalls nicht gefunden werden. Dieses Ablegen entsprach meines Erachtens dem ganz berechtigten Bedürfnis, ein äußeres Zeichen der Anerkennung der neuen Zustände von denen zu erlangen, deren Anhänglichkeit an das Alte nicht zu ihrer Unehre allgemein vorausgesetzt wurde.

(Sehr gut! rechts.)

Die **neuen Abzeichen** sind schmucklos; sie sind aber den heutigen bitteren Tagen der Not und der schleichenden Fremdherrschaft angemessen. Möchten wir bald über diese Notzeiten hinaus in eine sonnigere Zukunft blicken können. Ich glaube, wir erreichen das am besten, wenn wir, statt einsam rückwärts, gemeinsam vorwärts blicken.

(Bravo! bei den Mehrheitsparteien.)

**Präsident:** Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten **Zuchacz**. (D)

**Zuchacz, Abgeordnete:** Meine Herren und Damen! (Heiterkeit.)

Es ist das erste Mal, daß in Deutschland die **Frau** als freie und gleiche im **Parlament** zum Worte sprechen darf, und ich möchte hier feststellen, und zwar ganz objektiv, daß es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Frauen besitzen heute das ihnen zustehende Recht der Staatsbürgerinnen. Gemäß ihrer Weltanschauung konnte und durfte eine vom Volk beauftragte sozialistische Regierung nicht anders handeln, wie sie gehandelt hat. Sie hat getan, was sie tun mußte, als sie bei der Vorbereitung dieser Versammlung die Frauen als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen anerkannte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte hier feststellen — und glaube damit im Einverständnis vieler zu sprechen —, daß wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wollte die Regierung eine demokratische Verfassung vorbereiten, dann gehörte zu dieser Vorbereitung das Volk, das ganze Volk in seiner Vertretung. Die Männer, die dem weiblichen Teil der deutschen Bevölkerung das bisher zu Unrecht vorenthalte Staatsbürgerrecht gegeben haben, haben damit eine für jeden gerecht denkenden Menschen und für jeden Demokraten selbstverständliche Pflicht erfüllt. Unsere Pflicht aber ist es, hier auszusprechen, was für immer in den Annalen der Geschichte festgehalten

(Zuchacz, Abgeordnete.)

(A) werden wird, daß es die erste sozialdemokratische Regierung gewesen ist, die ein Ende gemacht hat mit der politischen Unmündigkeit der deutschen Frau.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Durch die politische Gleichstellung ist nun meinem Geschlecht die Möglichkeit gegeben zur vollen Entfaltung seiner Kräfte. Mit Recht wird man erst jetzt von einem neuen Deutschland sprechen können und von der Souveränität des ganzen Volkes. Durch diese volle Demokratie ist aber auch zum Ausdruck gebracht worden, daß die Politik in Zukunft kein Handwerk sein soll. Scharfes, kluges Denken, ruhiges Abwägen und warmes menschliches Fühlen gehören zusammen in einer vom ganzen Volke gewählten Körperlichkeit, in der über das zukünftige Wohl und Wehe des ganzen Volkes entschieden werden soll.

Der Herr Ministerpräsident hat in seinem Regierungsprogramm einen Ausblick gegeben für unser Arbeiten in der Zukunft. Er hat aber auch zu gleicher Zeit einen besonderen Ausblick gegeben für das Wirken der Frauen im neuen Deutschland. Er hat uns weiter hoffnungsvolle Perspektiven gegeben für unser Arbeiten. Ich möchte hier sagen, daß die **Frauenfrage**, so wie es jetzt ist in Deutschland, in ihrem alten Sinne nicht mehr besteht,

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

daß sie gelöst ist. Wir werden es nicht mehr nötig haben, mit Versammlungen, mit Resolutionen, mit Eingaben um unser Recht zu kämpfen. Der politische Kampf, der immer bestehen bleiben wird, wird sich von nun an in anderen Formen abspielen. Innerhalb des durch Weltanschauung und selbstgewählte Parteigruppierung gezogenen Rahmens haben wir Frauen nunmehr Gelegenheit, unsere Kräfte auswirken zu lassen.

Aber damit begeben wir uns nun keineswegs des Rechts, anders geartete Menschen, weibliche Menschen zu sein. Es wird uns nicht einfallen, unser Frauentum zu verleugnen, weil wir in die politische Arena getreten sind und für die Rechte des Volkes mitkämpfen.

(B)

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kein Punkt des neuen Regierungsprogramms ist da, an dem wir sozialdemokratischen Frauen ohne Interesse wären.

Ich begrüße es ganz besonders, daß im Regierungsprogramm bekundet wird, daß auch das Verwaltungswesen demokratisiert werden soll, so daß in Zukunft den Frauen auch Gelegenheit gegeben sein wird, mit in alle offen stehenden Ämter einzutreten.

(Sehr richtig! links.)

Ich betrachte den Punkt des Arbeitsprogramms, der da sagt: **Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst** entsprechend den auf allen Gebieten vermehrten Frauenaufgaben nur als eine Konsequenz des jetzt gegebenen Zustandes.

(Sehr richtig! links.)

Ich bringe diesem Passus durchaus kein Mißtrauen entgegen, sondern betrachte es als eine Selbstverständlichkeit, daß auch in der neuen Verfassung, die wir mit schaffen helfen werden, die Frau als gleichberechtigte und freie Staatsbürgerin neben dem Manne stehen wird. Ich wünsche ganz besonders, daß bei den jetzt schon fälligen Aufgaben im Verwaltungswesen die Frauen mit herangezogen werden, und denke dabei in allererster Linie an eine Stelle, die nach meinem Dafürhalten im Arbeitsamt des Reichs eingerichtet werden müßte, wo Frauen selbständig arbeiten, bei der **Witwen- und Waisenfürsorge**, bei der Regelung der **Fürsorge für Kriegshinterbliebene**.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist ein Gebiet, in welches die Frauen einfach hineingehen und hineingehören nach ihrer ganzen Veranlagung, und wo sie für das Wohl des Volkes Ersprießliches leisten können.

Wir Frauen werden mit ganz besonderem Eifer (C) tätig sein auf dem **Gebiete des Schulwesens**, auf dem Gebiete der allgemeinen Volksbildung, und ich glaube, hier aussprechen zu dürfen, daß die Mütter es ganz besonders begrüßen, daß auch nun wir Frauen Gelegenheit haben werden, unsere Kinder den Bildungsanstalten zuzuführen, welche das neue Deutschland ihnen öffnen wird.

Die gesamte **Sozialpolitik** überhaupt, einschließlich des Mutterschutzes, der Säuglings-, der Kinderfürsorge wird im weitesten Sinne Spezialgebiet der Frauen sein müssen. Die Wohnungsfrage, die Volksgesundheit, die Jugendpflege, die Arbeitslosenfürsorge sind Gebiete, an denen das weibliche Geschlecht ganz besonders interessiert ist und für welche das weibliche Geschlecht ganz besonders geeignet ist.

(Sehr richtig! links.)

Hier möchte ich eins einflechten und glaube, damit einem Wunsche weiter großer Kreise Ausdruck zu geben: es ist jetzt schon im Moment bitter notwendig, daß die **Bezüge unserer Alters- und Invalidenrentner** aufgebessert werden.

(Sehr richtig! links.)

Es ist sobald keine Kategorie von Menschen da, die so unter der Not des Krieges, unter dem Elend, den Folgeerscheinungen des Krieges leiden muß, wie diese Armisten und Bedauernswerten.

(Erneute Zustimmung links.)

An einem gesunden **Aufbau unseres gesamten Wirtschaftslebens** sind wir Frauen gleichermaßen interessiert wie die Männer, und jede einzelne Frau wird in ihrer Parteigruppe nach ihrer Weltanschauung das Beste dazu geben, daß wir wieder zu einer Gesundung unseres Wirtschaftslebens kommen. Wissen doch gerade wir Frauen und Mütter am besten, was auf dem Spiele steht, wenn es uns nicht gelingt, uns wieder aus diesem Elend zu erheben, in dem wir uns jetzt befinden.

(D)

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir Frauen sind uns sehr bewußt, daß in zivilrechtlicher wie auch in wirtschaftlicher Beziehung die Frauen noch lange nicht die Gleichberechtigten sind. Wir wissen, daß hier noch mit sehr vielen Dingen der Vergangenheit aufzuräumen ist, die nicht von heute auf morgen aus der Welt zu schaffen sind. Es wird hier angestrengtester und zielbewußter Arbeit bedürfen, um den Frauen im staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Leben zu der Stellung zu verhelfen, die ihnen zukommt.

Zu all diesen Dingen, die wir uns vorstellen, hat die Umgestaltung unserer Staatsform zur Demokratie uns die Wege geöffnet. Jetzt heißt es, diese Wege zu beschreiten und das zu schaffen, was zum Glück unseres Volkes in der Zukunft notwendig ist.

Zum Glück dieses Volkes, zur vollen Befreiung des Volkes ist es aber notwendig, daß alle Parteien wissen, worauf es in jeder Stunde ankommt, und da möchte ich ganz besonders sagen, daß wir den Zug der Zeit nicht aufhalten dürfen, daß wir nicht bremsen dürfen, sondern immer mit vorwärtsschreiten müssen, daß wir den Strömungen der Zeit ein psychologisches Verständnis entgegenbringen müssen. Diese Strömungen, die aus der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung geboren werden, sind lange genug mit Gewalt, mit starrer Gewalt, die in unserem alten System wurzelte, zurückgehalten worden und konnten nicht zur Entfaltung kommen, bis es explodierte.

Es ist hier in der politischen Debatte so manches gesagt worden, was mich zum Widerspruch reizte und zum Nachdenken gebracht hat. Herr Graf v. **Posadowsky** hat z. B. hier die Frage gestellt: was ist unter **Sunkerherrschaft** zu verstehen?

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

(Zuchacz, Abgeordnete.)

(A) Das weiß alle Welt

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)  
mit Ausnahme einer ganz kleinen Gruppe, die sich bisher gegen dieses Wissen verschlossen hat.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte Herrn Grafen v. Bosadowstj-Wehner den Rat geben, einmal bei den deutschen Frauen anzufragen, was man unter den Junkern bisher in Deutschland verstanden hat und auch noch heute versteht. Dieses freieste Wahlrecht, unter dem diese Nationalversammlung hier gewählt worden ist, hat die Stärke der Gruppe des Herrn Grafen v. Bosadowstj und seiner Freunde gezeigt, und wir alle wissen — und es hat mich gewundert, daß es niemand bisher hier gesagt hat —, daß auch unter dem demokratischen Wahlrecht zum Deutschen Reichstage es nicht möglich gewesen ist, der Volksmehrheit so zu ihrem Recht zu verhelfen, wie es eigentlich hätte sein müssen, weil unsere Verfassung das nicht zugelassen hat. Der Einfluß der Junker war stets stärker, als er ihnen zahlenmäßig gebührte.

(Glocke des Präsidenten.)

**Präsident:** Die Unterhaltung wird hinter dem Präsidialtische mit einer derartigen Lebhaftigkeit geführt, daß es dem Präsidium nicht möglich ist, die Rednerin zu verstehen, daß die Rednerin dadurch in ihrer Rede beeinträchtigt wird, und daß auch auf den Tribünen nicht ordentlich gehört werden kann.

(Sehr richtig!)

Der Zustand hier muß geändert werden; er lockt zu eingehenden und ziemlich laut geführten Verhandlungen. Ich kann das nicht weiter dulden. Ich bitte, hier Ruhe zu halten!

(Beifall.)

Dann bitte ich die Rednerin, fortzufahren.

(B) Frau **Zuchacz**, Abgeordnete: Es ist weiter von Herrn Graf v. Bosadowstj gefragt worden, warum wir uns diesen **Waffenstillstand** haben gefallen lassen. Die Antwort ist bisher in diesem Hause schon gegeben worden, aber ganz kurz will ich meine Meinung dazu sagen. Herr Graf v. Bosadowstj und seine Freunde wissen ganz genau, warum wir uns diesen Waffenstillstand gefallen lassen müssen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Weil dieser Krieg durch Ihre Politik bis zum moralischen Zusammenbruch unseres Volks geführt hat.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. —

(Zurufe rechts: Weltrevolution!)

— Und die Revolution! Ja, meine Herren, Sie werden diese Revolution nicht verstehen, Sie werden sie niemals buchen als das, was sie ist, als eine geschichtliche Tatsache, die herauswachsen mußte aus den Verhältnissen, zu denen Sie getrieben haben.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten. —

Zurufe rechts.)

**Wilson's Urteil** früherer Zeit ist hier angeführt worden. Warum wird es denn nicht in Vergleich gestellt mit dem, was Wilson jetzt sagt. Das ist doch das Maßgebende, daß er nicht verhandeln und nicht Frieden schließen wollte mit einer Regierung, die nicht aus der Demokratie hervorgegangen ist.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Nicht, was vor Jahren gesagt worden ist, sondern was gesagt wurde mit Bezug auf die heutigen Zustände, das ist das Maßgebende, nach dem man sich richten muß.

Es ist die Frage gestellt worden, woher denn plötzlich die **vielen Feinde** gekommen seien, mit denen Deutschland zu rechnen hatte. Es ist gesagt worden, der Deutsche sei vor dem Kriege geehrt und geachtet gewesen. Ja, eine Gegenfrage: War das nicht Selbsttäuschung, sind diese

Nationalversammlung. 1919. 11. Sitzung.

Feinde nun plötzlich aus dem Boden herausgewachsen, (C) nachdem der Krieg da war, oder ist es nicht vielleicht so, daß das, was gedacht und gefühlt worden ist, nunmehr zum Ausdruck kam? Preußen-Deutschland hatte keine Sympathien im Auslande,

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

das hat uns der Krieg gezeigt. Wenn wir dafür sorgen helfen, daß Deutschland wieder zu vernünftigen Zuständen kommt, daß Deutschland wieder das Land wird, in dem alle seine Bewohner Gerechtigkeit genießen und sich wohl fühlen können, wenn wir auf Grund demokratischer Verhältnisse zu anderen Zuständen kommen, als wir sie heute haben,

(ironische Zurufe rechts: Sehr richtig!)

vielleicht ist es dann einmal möglich, eine geachtete Stellung im Auslande zu bekommen,

(Zurufe rechts)

aber mit einer ganz anderen Politik, als sie unter dem alten Regiment mit Ihrer Hilfe gemacht worden ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Graf v. Bosadowstj sagte, die **staatliche Ordnung** würde jetzt gestört, alle öffentliche Ordnung läge darnieder, Mord, Raub, Plünderung, Diebstahl, Verbrechen aller Art wären an der Tagesordnung.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wie war es denn im Kriege? Hat denn das alte Regiment vermeiden können, daß täglich neue Plakate an die Litfassäulen unserer Großstädte geschlagen wurden, worin 100 000, 50 000, 20 000 Mark, 10 000 Mark Belohnung ausgesetzt wurden für Diebe, Räuber, Mörder aller Art? Ist das eine Erscheinung, die jetzt erst aus den revolutionären Zuständen herausgewachsen ist, oder ist es nicht vielleicht so, daß wir all diese schlimmen Zustände infolge des Krieges bekommen haben?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Schon zu Anfang des Krieges und während der Kriegsjahre (D) sind ganze Postzüge ausgeraubt worden, und es ist begreiflicherweise nicht alles, was geschehen ist, in die Zeitungen gekommen. Aber all das ist unter dem alten Regiment geschehen. Ich verwahre mich von vornherein ganz stark dagegen, daß ich etwa unsere Beamenschaft verunglimpfe, wenn ich hier feststelle, daß auch Beamte an dieser Ausplünderung ganzer Eisenbahnwaggons mitbeteiligt waren. Ich will nur feststellen, daß sich auch unter dem alten Regiment Raub, Mord, Diebstahl und Verbrechen aller Art in so erschreckender Weise gehäuft haben,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten — Widerspruch rechts)

daß wir wirklich nicht mit Stolz auf die vier Kriegsjahre zurückblicken können.

Ich werte alle diese Erscheinungen rein menschlich; sie sind geboren aus der Not und dem Elend des Volkes. Der Krieg ist kein Jungbrunnen der Moral.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Physisch und moralisch hat das Volk unter diesem Kriege ganz ungeheuer gelitten und leidet heute noch unter seinen Folgeerscheinungen. Deshalb soll man nicht wie ein Philister über die verschiedensten Taten, die uns nicht gefallen, herziehen. Man soll von ihnen sprechen und soll auf Abhilfe sinnen.

Von dem Herrn Grafen v. Bosadowstj wurde auch die **Unterdrückung der Presse** als etwas ganz Neues angeführt. Wir billigen die Unterdrückung der Presse von heute durchaus nicht; das brauche ich nicht besonders festzustellen. Aber wo war denn die Pressefreiheit während des Krieges?

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wer erinnert sich nicht der endlosen Zensurbewachen, die wir bis zum Überdruß in den Zeitungen gelesen haben.

(Zucharz, Abgeordnete.)

- (A) Wir haben niemals einen Erfolg der vielen Proteste zu sehen bekommen, bis das alte System zusammengebrochen ist. So lange hatten wir die schimpflichste Knebelung der Presse, auch in politischer Beziehung.

(Zuruf rechts: In den anderen Ländern war es schlimmer!)

Die Zeitungen der verschiedensten Richtungen, auch die Zeitungen Ihrer Partei (nach rechts), haben ja bitter darüber Klage geführt. Deshalb mutet es heute ganz sonderbar an, wenn gerade der Herr Graf v. Posadowsky als Ihr Vertreter sich über die Knebelung der Presse beklagt.

Wir stellen die Freiheit der Presse und die Freiheit der Versammlungen über alles. Während des Krieges aber ist es hundertfach vorgekommen, daß auch Abgeordnete des Reichstages aufgefordert wurden, die Manuskripte ihrer Vorträge in Versammlungen einzureichen, und daß sie mit einer Unmenge behördlicher Schikanen kämpfen mußten.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dem Tüchtigsten freie Bahn. Das ist die Parole, die auch wir zu jeder Zeit anerkennen. Aber es ist in Preußen-Deutschland nicht so gewesen, wie der Herr Graf v. Posadowsky es hier hat hinstellen wollen. Wo waren denn die sozialdemokratischen Schöffen und Geschworenen, wo hat man denn sozialdemokratische Lehrer gefunden in dem Lande, in dem nicht einmal ein sozialdemokratischer Nachtwächter angestellt werden konnte? Ein Aufatmen ist durch die Reihen der **Beamten** und der **Lehrer** am 9. November gegangen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das können wir am allerbesten beurteilen. Die Tausende von Zuschriften, die wir bekommen haben, die vielen Anmeldungen für unsere Bewegung.

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

- (B) die wir aus diesen Kreisen erhalten haben, sind uns Beweis, und das Gros der Beamtenzweiheit zweifelt gar nicht daran, daß sie unter der neuen Regierung und unter dem neuen System sich zweifellos in Zukunft auch wirtschaftlich besser stehen werden. Die Sozialdemokratie hat es in der Zeit ihres Wirkens, schon bevor sie eine solche Machtstellung eingenommen hat wie heute, bewiesen, daß sie die Interessen der Beamtenzweiheit wohl zu wahren weiß.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ähnlich verhält es sich mit dem **Mittelstand**. Die Beamtenzweiheit ist politisch geknebelt worden, und die warmen Befürworter des Mittelstandes, sie haben ihre Machtstellung in der Vergangenheit mit dazu benützt, auch den Mittelstand vor ihren Wagen zu spannen, indem sie ihn wirtschaftlich in Fesseln schlugen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Mit den **einfachen und mittleren Verhältnissen**, aus denen die **höheren Staatsbeamten** hervorgegangen sind, ist es auch nicht allzuweit her. Ich habe noch nicht oft davon gehört, daß Söhne und Töchter von Arbeitern und von Tagelöhnern in höhere staatliche Dienste genommen worden wären.

(Widerspruch rechts und Auf: Beispiele!)

Welche Geheimräte, welche Landräte, welche Regierungspräsidenten, welche Staatssekretäre und Minister sind denn unter dem alten System aus so einfachen Verhältnissen hervorgegangen? Können Sie solche nennen? Ich bezweifle es. Hatten wir Offiziere aus Arbeiterkreisen? Nein, die hatten wir nicht.

(Aufe rechts: Giesberts! Erzberger! — Heiterkeit.)

Es ist ja wunderbar, wie wir jetzt von allen Seiten **Helfershelfer für die sozialpolitischen Arbeiten** bekommen, nur sieht man bei all den Vorschlägen, die Sie (nach rechts) machen, sehr den Pferdefuß. Es ist der ganzen Welt bekannt, daß es in unfrem sozialpolitischem Leben

immer so gewesen ist, daß es uns nicht genug war, was (C) geschehen, aber Ihnen (nach rechts) stets zu viel.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir Frauen können uns ja dessen nur freuen, wenn Sie jetzt plötzlich den Gang verspüren, fruchtbare sozialpolitische Arbeit zu leisten. Wir können dabei ja gar nicht genügend Bundesgenossen bekommen. Wenn alle Parteien bis zum äußersten rechten Winkel hier den starken Willen zur Sozialpolitik befunden, dann kann es ja mit dieser Fortentwicklung in Deutschland nicht schlecht bestellt sein.

Ganz naiv mutete es mich an, als an die bürgerlichen Parteien hier von dem Herrn Grafen das Ersuchen zum Zusammenschluß gerichtet wurde, nach einem so starken **Bekennnis zur Monarchie**. Ich habe die Ansicht, daß es ganz konsequent ist nach diesem starken Bekenntnis zur Monarchie, wie es hier abgelegt worden ist, daß Ihre Partei isoliert bleiben muß in diesem Hause. Es ist selbstverständlich Sache der bürgerlichen Parteien selbst, sich gerade dazu zu äußern. Aber ich möchte hierbei doch sagen, daß es ganz komisch anmutete, und zwar noch es sehr stark nach der alten Kampfmaxime gegen die Sozialdemokratie. Ich bin überzeugt, daß Sie sich keinen Augenblick bedenken würden, diese große Mehrheit des deutschen Volkes auch heute noch nach dem alten Muster zu vergewaltigen, wenn Sie dazu die Macht hätten.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte noch einiges andere sagen. Es ist hier von Herrn **Haase** einiges über die **Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie** ausgesprochen. Nach seinem Dafürhalten müssen wir Deutsche stillhalten, unter allen Umständen, auch wenn wir sehen, daß — und ich gebrauche mit Absicht dieses so viel benutzte Schlagwort — die Errungenschaften der Revolution kaputt gemacht werden, daß Pressefreiheit und Freiheit der Staatsbürger, Versammlungsfreiheit vernichtet werden, daß der Demokratie mit Maschinengewehren und bedrohlichen Umzügen das Grab gegraben wird. Dazu haben wir nicht den Willen; das Bekenntnis zur Demokratie, welches ich im Anfang meiner Ausführungen hier für uns abgelegt habe, verbietet es uns und macht es uns grundsätzlich zur Unmöglichkeit, die Wege einzuschlagen, wie sie von jener Seite beliebt werden.

(Sehr richtig! und Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Es muß noch einmal festgelegt werden, obwohl es schon des öfteren geschehen ist, daß die Unabhängige Sozialdemokratie die **Spartakuspolitik** unterstützt hat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich erinnere daran, daß zwischen dem 6. und 13. Januar d. J., als die Presse in Berlin geknebelt war, die Aufrufe, die von der Spartakusgruppe, von den revolutionären Oblenten und von der Unabhängigen Sozialdemokratie unterzeichnet waren, die Volksgenossen, die Arbeiter zur Bewaffnung aufgefordert haben. Ich meine, daß das — mit dem vielen anderen zusammengenommen, was hier gesagt worden ist — die Rechtfertigung dafür abgibt, daß eine solche Politik von der Sozialdemokratie nicht gutgeheißen werden kann, weil sie all dem widerspricht, was uns in den langen Jahren vor dieser Zeit von den Führern und Führerinnen der Unabhängigen Sozialdemokratie gesagt und gelehrt worden ist, die sich jetzt auf der anderen Seite befinden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist gesagt worden, in dem **Programm der Regierung** fehle jeder Tropfen **Sozialismus**. Darauf möchte ich erwidern, daß das heißt, die Augen vor den Realitäten des heutigen Lebens zu schließen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Demokraten.)

Wir sind es der Arbeiterschaft einfach schuldig, eine solche Politik zu verfolgen, wie wir es heute tun, weil wir es

(Suchacz, Abgeordnete.)

- (A) vor der Masse der Arbeiter, vor den Männern, Frauen und vor unseren Kindern nicht verantworten könnten, wenn wir durch eine derart verfehlte Politik, wie es von jener Seite beliebt wird, dazu beitragen würden, daß alles das, was die Arbeiterschaft in den ersten Novemberwochen sich errungen hat, die Freiheit des Staatsbürgers bis zur letzten Konsequenz wieder verschertzt würde, und daß damit dem Fortschritt die Wege wieder verschlossen würden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die befreiten Frauen Deutschlands sollten den Söhnen, Vätern, Brüdern, Freunden, die sich im Feindesland befinden, heute hier von dieser Stelle ihre herzlichsten Grüße zurufen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Wir bedauern es aufs tiefste, daß noch immer **deutsche Volksgenossen** sich im Ausland befinden, daß sie dort die ganzen seelischen und körperlichen Qualen der Gefangenschaft durchmachen müssen, und wir bedauern die vielen Angehörigen hier in unserem armen, unglücklichen Deutschland, die auch heute noch bangen müssen um ihre Lieben da draußen, denen der Krieg noch immer nicht zu Ende gegangen ist, weil sie ihre Lieben noch nicht in die Arme schließen können, weil die Frauen, die hier in Seelenqual um ihre Männer bangen, das Verlangen danach haben, all die Qualen der letzten 4½ Jahre auszulöschen in den Herzen derer, mit denen sie verbunden sind. Das soll hier mit diesen Worten zum Ausdruck gebracht werden. Wir wollen unsere Stimme laut ertönen lassen, damit auch die Frauen in den anderen Ländern, damit die Völker der anderen Länder es hören, daß es deutsche Frauen, deutsche Männer und Frauen sind, die sich innerlich empören gegen dieses furchtbare Unrecht, das uns hier geschieht.

- (B) (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und den Demokraten. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist nicht berechtigt, daß man unsere Volksgenossen uns so lange fernhält.

Wir wenden uns auch hier an dieser Stelle gegen die furchtbare **Blockade**, die uns auch heute noch und jede Stunde mit dem Hungertode bedroht. Dieser Hunger, der schon so viele unserer Volksgenossen hinweggerafft hat, weicht auch heute noch nicht von unserer Seite, trotzdem der Friede vor der Türe stehen sollte, und trotzdem der Völkerhaß heute schweigen müßte; und es ist das Furchtbarste, was die Entente sich heute in dieser Stunde noch zuschulden kommen läßt, daß sie dieses wehrlose deutsche Volk auch noch weiter dem Hunger überliefert, nachdem sie 4½ Jahre und länger diese Blockade aufrechterhalten hat.

Unser einziger wirtschaftlicher Reichtum ist unsere **Arbeitskraft**. Nur vermöge dieser Arbeitskraft und ihrer Anwendung, ist es möglich, uns wieder aus diesem tiefen Elend zu erheben. Aber wenn man uns nicht die Nahrungsmittel und unserer Industrie nicht die Rohstoffe gibt, wenn man uns nicht in anderer Weise durch Gewährung von Kredit und anderen Hilfsmitteln entgegenkommt, dann macht man uns dieses Aufstehen so bitter schwer, und die Völker der ganzen Welt benachteiligen sich selbst. Denn, was ein Volk leistet in der Welt, kommt dem anderen zugute.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Genau so, wie der einzelne Mensch arbeiten muß, um die Volkskraft zu stärken in dem Lande, dem er angehört, so sollten auch die Völker zusammenwirken zu ihrem eigenen Wohl und Besten.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten)

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Mayer (Schwaben).

Dr. Mayer (Schwaben), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auch wir begrüßen es, daß die deutsche Frauenwelt in der Deutschen Nationalversammlung auf allen Seiten dieses Hauses vertreten ist. Die Meinungen darüber, ob die Frau in die **politische Arena** gehöre oder nicht, waren vor dem Kriege geteilt nicht nur zwischen den Parteien und innerhalb der Parteien, sondern auch innerhalb der deutschen Frauenwelt selbst.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Erfahrungen des Krieges, die bewundernswerten Leistungen der Frau in diesem Kriege haben die Bedenken beseitigt. Schon vor der Revolution hatten sich die drei Mehrheitsparteien des Deutschen Reichstags, denen sich die Nationalliberalen in diesem Punkte angeschlossen hatten, geeinigt, der Frau das aktive und passive Wahlrecht zu gewähren, und sie hatten bereits entsprechende Verfassungsabänderungsanträge entworfen und unterzeichnet, als die Revolution ausbrach. Heute, wo es gilt, das zerschlagene Vaterland neu aufzurichten, gehört auch nach unserer Auffassung an die Seite des Mannes die Frau. Beide Geschlechter müssen gemeinsam die Verantwortung tragen für all das, was geschaffen werden soll für eine lange Zukunft, für Kind und Kindeskind. Möge die Zusammenarbeit von Frau und Mann in diesem Hause unserm Vaterland reiche Früchte tragen!

Gestatten Sie mir nun zunächst einige kurze Bemerkungen zu den Ausführungen einiger meiner Herren Vorredner. Der Herr Reichsminister des Auswärtigen hat in seiner Rede vom letzten Freitag den neutralen Mächten, die sich durch ihre Fürsorgemaßnahmen für die Kriegsgefangenen so große Verdienste um unser Vaterland erworben haben, den Dank des deutschen Volkes ausgesprochen. Wir schließen uns diesem Danke von ganzem Herzen an, haben es aber vermißt, daß der Herr Reichsminister **Graf Brockdorff-Rantzau** in diesem Zusammenhang nicht auch derjenigen neutralen Macht gedacht hat, deren Vermittlungstätigkeit die Internierung unserer Kriegsgefangenen auf neutralem Boden und damit die Erhaltung der Gesundheit und des Lebens vieler Tausender unserer Kriegsgefangenen in erster Linie zu verdanken ist, nämlich des **Heiligen Stuhls**.

(Hört! hört! im Zentrum.)

Ich darf sicher annehmen, daß der Herr Reichsminister des Auswärtigen lediglich versehentlich unterlassen hat, in diesem Zusammenhang auch der Tätigkeit des Papstes zu gedenken. Haben doch die alte Reichsregierung und der alte Reichstag zu wiederholten Malen einmütig dem Heiligen Stuhl den Dank des deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht. Ich möchte jedoch nicht unterlassen, den Ausführungen des Herrn Reichsministers des Auswärtigen auch in diesem Hause den Dank des deutschen Volkes an den Heiligen Stuhl noch ausdrücklich beizufügen.

(Bravo! im Zentrum.)

Der Herr Abgeordnete Reil hat am gleichen Tage ausgeführt, die **Zentrumsfraktion** habe erst infolge der Revolution sich dazu durchgerungen, das **Regierungsprogramm über die Sozialisierung** anzuerkennen; das Zentrum habe früher auf einem wesentlich anderen Standpunkt gestanden. Er hat dabei das Regierungsprogramm in diesem Punkte zur Verlesung gebracht. Ich will mit dem Herrn Abgeordneten Reil nicht darüber rechten, ob es richtig und angebracht ist, ein auf Grund von Kompromißverhandlungen zustande gekommenes Regierungsprogramm hier gegen eine koalierte Partei auszuspielen.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Aber ich darf feststellen, daß der Herr Abgeordnete Reil ebenso wie einige Tage vorher der Herr Reichspräsident